R.A. Vecht
[redacted]
1183 GB Amstelveen-Niederlande

An den Stadtrat der Stadt Heidenau
z. Hd. der Bürgermeisterin, Frau Conny Oertel
Dresdner Straße 47
01809 Heidenau
per E-Mail: info@heidenau.de

Petition nach Art. 17 GG und Art. 35 SächsVerf: Aufhebung des Stolperstein-Verbots

Amsteleen, 28 september 2026

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Oertel,

sehr geehrte Mitglieder des Stadtrates,

ich fordere den Stadtrat auf, den Beschluss vom 24. September 2026 aufzuheben und die von Akubiz beantragten Stolpersteine zuzulassen.

Mit diesem Beschluss ist Heidenau die erste Kommune, die Stolpersteine per Ratsbeschluss grundsätzlich aus ihrem Straßenraum verbannt. Die Stiftung Stolpersteine spricht zu Recht von einem Novum. Europaweit liegen mehr als 116.000 Steine in über 1.800 Kommunen. Heidenau stellt sich gegen diese gesamte Erinnerungskultur.

Der Beschluss verdrängt die Opfer aus der Stadt. Fritz und Martha Goldstein waren Einwohner von Heidenau. Sie lebten in einer bestimmten Straße, in einem bestimmten Haus, und von dort wurden sie verhaftet, enteignet und vertrieben. Genau dort gehört ihr Name hin. Eine Sammelfläche auf dem Friedhof, die „den Opfern von Krieg, Terror, Diktatoren und Vertreibung" gewidmet ist, löscht diesen Zusammenhang aus. Sie macht aus konkreten Nachbarn eine abstrakte Kategorie.

Das Argument des „Darauftretens" ist ein Vorwand. Es ist seit zwanzig Jahren bekannt und widerlegt: Wer die Inschrift lesen will, muss sich verneigen. Der Antrag behauptet, Angehörige und Initiativen lehnten Stolpersteine ab, belegt dies aber nicht. Nach Presseberichten wurden die jüdischen Gemeinden zu der geplanten Gedenkfläche nicht einmal angehört. Ein Gedenken über die Köpfe derer hinweg, um deren Angehörige es geht, ist kein würdiges Gedenken.

Der Beschluss verweigert Familien das Recht zu entscheiden. Selbst wenn Nachkommen ausdrücklich einen Stolperstein wünschen, wird ihr Antrag nun ohne Prüfung abgelehnt. Das ist nicht Rücksicht auf die Opfer, sondern Bevormundung.

Nach Art. 17 GG habe ich Anspruch darauf, dass die Petition sachlich geprüft und mir das Ergebnis schriftlich mitgeteilt wird. Ich erwarte die Behandlung in öffentlicher Sitzung in der nächsten ordentlichen Sitzung des Stadtrates am 29. Oktober 2026.

Mit freundlichen Grüßen

R.A. Vecht

Nachrichtlich an:

- Sächsischer Landtag, Petitionsausschuss
- CDU-Kreisverband Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Kreisvorsitzender
- CDU Landesverband Sachsen, Landesvorsitzender
- Herrn Friedrich Merz, Vorsitzender der CDU Deutschlands, und Frau Franziska Hoppermann, Generalsekretärin